

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Seite 181

Antrag 402

Betr.: Das freiheitliche Europa der Vielfalt, Chancen und Werte stärken

Antragsteller: Bundesfachausschuss Internationale Politik und Auslandsgruppe Europa

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Im Jahr 2016 steht die Europäische Union vor enormen Herausforderungen. Die
2 FDP setzt sich dafür ein, das freiheitliche Europa der Vielfalt, Chancen und Werte
3 wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gerade in diesen stürmischen Zeiten
4 zu bewahren und zu stärken. Zugleich stehen wir Freie Demokraten für eine bürger-
5 nahe Politik, die die Augen vor Missständen nicht verschließt. Aufbauend auf
6 den Europawahlprogrammen der FDP und ALDE sowie dem Beschluss des Bundes-
7 vorstands zum britischen Referendum konkretisieren wir die Eckpunkte unserer
8 europapolitischen Ziele wie folgt:

9 1. Für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten

10 Der Beschluss des Europäischen Rates vom 19. Februar 2016 zeigt: Das libera-
11 le Anliegen, die EU flexibel weiter zu entwickeln, ist zur Richtlinie der Staats-
12 und Regierungschefs geworden. Wir wollen mehr Raum für verschiedene Ge-
13 schwindigkeiten bei der Integration in Europa geben. Mitgliedstaaten, die an der
14 Weiterentwicklung der EU nicht oder nur langsamer teilnehmen wollen, sollen
15 die anderen nicht aufhalten. Wo ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich ist,
16 bewirkt ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten politischen Fortschritt,
17 zeitliche Flexibilität und Rücksichtnahme auf besondere nationale Gegebenhei-
18 ten. Daher begrüßen wir, dass Großbritannien die nötige Flexibilität gewährt wur-
19 de, ohne dass damit integrationswillige Staaten künftig ausgebremst werden.
20 Großbritannien hat für sich selbst eine Klarstellung erzielt, nicht an der Mitwir-
21 kung einer politischen Union mitzuwirken. Als Freie Demokraten wollen wir einen
22 starken britischen Partner in der EU, der für Marktwirtschaft, Freihandel und
23 Wettbewerbsfähigkeit steht. Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit leh-
24 nen wir jedoch entschieden ab.

25 2. Für ein handlungsfähiges Europa in Flüchtlings- und Asylfragen

26 Die drei Europäischen Gipfel im Februar und März haben gezeigt, dass die Eu-
27 ropäische Union in Flüchtlings- und Asylfragen der sich zuspitzenden Lage wei-
28 ter nicht gerecht wird. Natürlich ist die Türkei ein zentraler Partner bei der Bewäl-
29 tigung der Flüchtlingskrise. Die türkische Unterstützung bei der Grenzsicherung
30 kann aber kein Ersatz für eine europäische Lösung des Problems sein.

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Seite 182

31 Wir Freien Demokraten fordern seit langem eine gemeinsame europäische Lö-
32 sung. Es ist richtig, dass Frontex und das Europäische Unterstützungsbüro für
33 Asylfragen (European Asylum Support Office EASO) vor Ort gestärkt werden.
34 Wir begrüßen, dass Griechenland jetzt endlich bei der Einrichtung und beim Be-
35 trieb von Registrierungscentren und beim Schutz seiner Außengrenzen unter-
36 stützt wird. Wir brauchen außerdem eine europäische Grenz- und Küstenwache,
37 die spätestens diesen Sommer einsatzbereit sein muss, und zwar überall dort,
38 wo ein Mitgliedstaat mit dem Zustrom an Drittstaatsangehörigkeiten überfordert
39 ist. Nötigenfalls soll eine europäische Küstenwache auch gegen den Willen eines
40 betroffenen Mitgliedstaates aktiv werden können. Es ist falsch, dass der Rat die
41 genau für solche Situationen vorgesehene Richtlinie über den zeitweiligen
42 Schutz von Bürgerkriegsflüchtlingen nicht nutzt. Als nächsten Schritt brauchen
43 wir unbedingt ein europäisches Asylrecht mit einem europaweiten Verteilungs-
44 schlüssel, der auf der Solidarität aller Mitgliedstaaten basiert und bei Nichteinhal-
45 tung wirksame Sanktionen ermöglicht. Wir müssen zudem den europäischen
46 Rechtsrahmen für ein modernes Einwanderungsrecht weiterentwickeln, das inte-
47 grationswilligen Flüchtlingen eine langfristige Bleibeperspektive ermöglicht.

48 3. Für eine aktive gemeinsame Europäische Außen-, Verteidigungs- und Sicher-
49 heitspolitik

50 Die Europäische Union hat in den Iran-Verhandlungen erfolgreich dazu beigetra-
51 gen, einen großen internationalen Konflikt beizulegen. Auch die Entspannung
52 zwischen Serbien und dem Kosovo wäre ohne die Brüsseler Diplomatie nicht
53 denkbar. Allerdings bleibt die EU in anderen Feldern noch weit hinter ihren Mög-
54 lichkeiten zurück. Gegenüber Russland sollte sie nicht nur den kleinsten gemein-
55 samen Nenner – Aufrechterhaltung der Sanktionen wegen des Krieges in der
56 Ostukraine und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim – verfolgen, sondern
57 stärker mit einer gemeinsamen Stimme auf Moskau einwirken. Das betrifft sowohl
58 die Umsetzung des Minsk-II-Abkommens bezüglich der Ostukraine als auch die
59 Strategie im Syrien-Konflikt. Außerdem ist die Gemeinsame Verteidigungs- und
60 Sicherheitspolitik im Hinblick auf die Schaffung einer europäischen Armee unter
61 parlamentarischer Kontrolle auszubauen, verbunden mit der Ausarbeitung einer
62 gemeinsamen Friedens- und Sicherheitsstrategie. Aus liberaler Sicht gilt es auch,
63 die Zusammenarbeit mit der NATO als dem erfolgreichsten Sicherheitsbündnis
64 der Geschichte auszubauen und das europäische Gewicht im Nordatlantikatrat zu
65 vergrößern. Außerdem ist es wichtig, gerade bei der Konfliktprävention und beim
66 Monitoring auf die Kompetenz von OSZE zu setzen und auf eine enge Abstim-
67 mung hinzuwirken.

68 4. Für ein Europa der Chancen für junge Menschen

69 Europa bietet Chancen für gute Bildung, Freizügigkeit und Arbeitsplätze in der
70 gesamten EU. Eine erfolgreiche europäische Politik der Sozialen Marktwirtschaft,
71 die auf Wettbewerb setzt, schafft Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes
72 Leben in Frieden und Freiheit in ganz Europa. Zugleich steht Europa vor großen
73 wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Die Jugendarbeitslosigkeit, besonders

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Seite 183

74 in Südeuropa, ist weiter besorgniserregend hoch – und das bei gleichzeitigem
75 Fachkräftemangel. Mit Sorge sehen wir das Erstarren von links- und rechtspopu-
76 listischen Strömungen, die jungen Menschen Chancen verbauen. Wir Freien De-
77 mokraten stehen klar für Strukturreformen und Bildungsoffensiven. Ein duales
78 Bildungssystem ist ein Schlüsselfaktor zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosig-
79 keit, ergänzt durch Fördermaßnahmen auf europäischer Ebene zur Schaffung ei-
80 nes echten europäischen Arbeitsmarktes. Das „Paket zur Jugendbeschäftigung“
81 muss durch die europäischen Institutionen, Mitgliedstaaten, Sozialpartner und Zi-
82 vilgesellschaft aktualisiert und ergänzt werden. Wir Freie Demokraten fordern
83 mehr grenzüberschreitenden Austausch durch europäische Programme für Schü-
84 ler und Studierende und mehr Investitionen in Forschung und Bildung. Mit größe-
85 rem Ehrgeiz sollten wir das Ziel verfolgen, endlich den digitalen Binnenmarkt zu
86 vollenden. Dieser ist Voraussetzung für Gründergeist, junges Unternehmertum,
87 Start-ups, Innovationen und den Anschluss an Bildung, insbesondere im ländli-
88 chen Raum Europas.

89 5. Für ein Europa der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

90 Mit Sorge beobachten wir die innenpolitischen Entwicklungen in Ungarn und ak-
91 tuell in Polen. Versuche, Pfeiler der Demokratie wie Gewaltenteilung und Presse-
92 freiheit zu beseitigen, müssen abgewehrt werden.

93 Wir Freien Demokraten begrüßen, dass die EU-Kommission im Januar 2016 das
94 Verfahren der Rechtsstaatskontrolle gegenüber Polen eingeleitet hat. Wir fordern
95 die polnische Regierung auf, dabei konstruktiv mit der Europäischen Kommission,
96 der Venedig-Kommission des Europarats und den Institutionen der OSZE zusam-
97 menzuarbeiten. Die EU ist auf gemeinsame Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Men-
98 schenrechte und Demokratie gestützt, die gemäß Artikel 2 des EUV für alle Mit-
99 gliedstaaten verbindlich sind. Freie Demokraten setzen zudem auf die Stärke der
100 Zivilgesellschaften, einen weiteren Abbau demokratischer Errungenschaften nicht
101 zuzulassen. Zudem setzen wir uns mittelfristig für eine Reform der Rechtsstaats-
102 kontrolle ein, um bei dauerhaften Verletzungen unserer Werte auch unterhalb der
103 Schwelle des Stimmentzugs wirksame Sanktionen verhängen zu können. Denn
104 nur, wenn wir selbst von der Wirkungskraft unserer Werte überzeugt sind und ih-
105 nen bei Gegenwind Geltung verschaffen, stärken wir Europa als Wertegemein-
106 schaft und internationales Vorbild.

Begründung:

Erfolgt mündlich.